

RAT DER STADT BIELEFELD

Auszug
aus der Niederschrift
der Sitzung vom 11.07.2019

Zu Punkt 14
(öffentlich)

Bielefelder Nachhaltigkeitsstrategie

Beratungsgrundlage:

Drucksache: 8197/2014-2020

Text des Antrages der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten:

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext zur Bielefelder Nachhaltigkeitsstrategie (TOP 14, Drucksachen-Nr. 8197/2014-2020) wird wie folgt ergänzt:

1. Neu: Der Rat der Stadt Bielefeld erklärt den Klimanotstand (Climate Emergency) und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihre schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an. Er unterstützt ausdrücklich das Engagement all derjenigen, die sich für mehr Klimaschutz einsetzen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bielefelder Nachhaltigkeitsstrategie zu erarbeiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

-.-.-

Text des Antrages der Fraktionen von CDU, Bielefelder Mitte und der FDP-Ratsgruppe:

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Bielefeld erklärt:

Die Geschwindigkeit der gegenwärtigen Klimaveränderungen weist im Vergleich zu den in den erdgeschichtlichen Epochen aufgetretenen eine neue Qualität auf. Geowissenschaftler sehen die Erde auch insoweit längst im Anthropozän, also in dem Zeitalter, in dem der Mensch zu einem entscheidenden Faktor geworden ist, der Natur und Umwelt verändert. Die Staatengemeinschaft hat darauf zuletzt mit dem Pariser Abkommen von 2015 reagiert.

Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf bis zu 140 Millionen Menschen ansteigen kann. Bereits 1,5° Celsius Erderwärmung können gravierende Folgen haben. Auch in Bielefeld wird der Klimawandel zu spüren sein und ist es teilweise schon. Verantwortliche Politik nimmt große Herausforderungen an. Hysterie und Panik führen dabei zu keinen Lösungen, denn gerade bei drängenden und umfassenden Problemen ist kluges und durchdachtes Handeln notwendig. Bielefeld bekennt sich zu rationalem und belegbar wirkungsvollem Klimaschutz. Aktionismus und Bekenntnispolitik sind gerade angesichts der Wichtigkeit des Handlungsfeldes fehl am Platz.

- 1) *Wir bekennen uns ausdrücklich zu dem Ziel des Pariser Abkommens, die Erderwärmung zu begrenzen. Die daraus resultierenden Ziele zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes sind verbindlich.*
- 2) *Wir appellieren an die Bielefelder Bürgerinnen und Bürger, eigenes Handeln und Gewohnheiten zu hinterfragen. Jeder kann und soll einen Beitrag leisten, um die vereinbarten Klimaziele zu erreichen.*
- 3) *Es kann jedoch nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems allein durch Eigenverantwortung von Einzelpersonen erreicht wird. So sind wir einer generationengerechten Politik verpflichtet, welche unzweifelhaft dafür einsteht, Umwelt und Natur vor irreversiblen Schäden zu bewahren. Unsere klimapolitische Verantwortung ist daher wichtige Leitlinie aller politischen Entscheidungen, um klima-bedingte Negativfolgen für Mensch, Tier und Vegetation möglichst zu verhindern.*
- 4) *Wir setzen uns überregional dafür ein, das Erreichen der gemeinsamen Klimaschutzziele nachdrücklich und zielorientiert voranzutreiben. Hierbei sehen wir Emissionshandel als zentrales Leitinstrument in der Klimapolitik, erkennen Technologieoffenheit als notwendig für größtmögliche Effizienz und drängen auf umfangreiche Forschungsförderung.*
- 5) *Wir wissen um unsere gemeinsame Verpflichtung, auch kommunalpolitisch in bestem Sinne und mit der nötigen Tatkraft darauf hinzuwirken, dass die Ziele des Pariser Abkommens erreicht werden können. Wir befürworten vor diesem Hintergrund u.a.*
 - *das Forcieren klimaneutraler Mobilität,*
 - *den Ausbau erneuerbarer Energien und*
 - *die Schaffung energieeffizienter Gebäude.*

Es gilt dabei, bei allen Initiativen die Menschen mitzunehmen, ihrer Lebenswirklichkeit gerecht zu werden und Maßnahmen zu ergreifen, die wirklich einen Beitrag zur Problemlösung liefern.

- 6) *Wir fordern die Einstellung eines angemessenen Klimabudgets in den städtischen Haushalt, welches unter anderem durch Stellenkürzungen, Prozessoptimierung und Bürokratieabbau zu finanzieren ist. Das Klimabudget wird verwendet, um bereits in 2019:*
 - *Schülerinnen und Schülern zwischen 5 und 25 Jahren mit einem Schulticket die kostenlose Nutzung des ÖPNV zu ermöglichen,*
 - *die Mitnahme von Fahrrädern im ÖPNV kostenfrei zu stellen,*
 - *den ÖPNV durch WLAN in Bahnen und an Haltestellen attraktiver zu machen,*
 - *das Radwegenetz parallel zu den Hauptverkehrsstraßen des motorisierten Verkehrs und in Grünanlagen auszubauen,*

- *den Aufbau eines tragfähiges Ladestation-Netzes für Elektromobilität im gesamten Stadtgebiet durch Stadtwerke und Private zu fördern und*
- *einen Pilotversuch für Wasserstoffantriebe zu prüfen.*

Die Entscheidung über die konkrete Mittelverwendung obliegt dem Hauptausschuss der Stadt Bielefeld.

-.-.-

Herr Frischemeier (SPD-Fraktion) betont einleitend, dass seine Fraktion in Bielefeld den Klimanotstand ausrufen wolle und bedankt sich in diesem Kontext für das große Engagement der "Fridays for Future". Wenn dem Klimawandel nicht entschieden entgegengetreten werde, seien Studien zufolge in rd. 30 Jahren erste Folgen irreversibel. Hierzu zählten mehr Dürreperioden und Ernteaufschläge bei gleichzeitiger Zunahme von Hochwasserereignissen, steigender Preise für Nahrung und Wasser und entsprechenden sozialen Verwerfungen in vielen Teilen der Welt. Insofern passe die Ausrufung des Klimanotstandes sehr gut zum eigentlichen Beratungsgegenstand, nämlich einer Nachhaltigkeitsstrategie für Bielefeld. In diesem Zusammenhang sei jedoch auch anzumerken, dass es bereits seit Jahren verschiedene Ansätze für mehr Nachhaltigkeit in Bielefeld gebe, wie z. B. das Handlungsprogramm Klimaschutz oder die beschlossenen Ziele zur CO₂-Einsparung. Trotz der Vorgaben der Haushaltssicherung sei es in den letzten Jahren in vielen Bereichen gelungen, nachhaltig zu handeln, so z. B. bei der Sanierung von Gebäuden, dem Ausbau des ÖPNV oder den Investitionen in erneuerbaren Energien. Da diese Maßnahmen nicht ausreichend seien, seien die Argumente und Forderungen der Fridays for Future gut nachvollziehbar, so dass seine Fraktion heute den Klimanotstand ausrufen wolle. Damit dies aber nicht nur ein Symbol bleibe, müsse sich eine intensive Beratung über die gestellten Forderungen in den Fachausschüssen anschließen.

Herr Julkowski-Keppler (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) hebt hervor, dass Fridays for Future nicht nur die politische Welt, sondern die Welt insgesamt verändert hätten, was ein großartiger Erfolg sei. Seine Partei sei seit vielen Jahren dem Klimaschutz verbunden und besetze dieses Thema inhaltlich immer wieder neu. Jedoch gehe das, was seit einem Jahr weltweit auf den Straßen geschehe, weit über das hinaus, was Parteien erreichen könnten. Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung der vor zwei Tagen im Bürgerausschuss geführten Diskussion sei es nur sinnvoll und konsequent, den Antrag der Fridays for Future als Punkt 1 in dem Beschlussvorschlag zu übernehmen und somit der Nachhaltigkeitsstrategie insgesamt voranzustellen. Bereits im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Klimaschutzziele im Rat 2015 sei vielen bewusst gewesen, dass dies allein nicht ausreiche. Obwohl seitens der Wissenschaft die notwendigen Maßnahmen klar aufgezeigt würde, sei Politik häufig nicht in der Lage, die erforderlichen Beschlüsse auf den Weg zu bringen. Vor diesem Hintergrund sei es von erheblicher Bedeutung, heute den Klimanotstand auszurufen. Dieser Beschluss sei weit mehr als ein bloßes Symbol, vielmehr handle es sich um ein Symbol als Selbstverpflichtung. Alle künftigen Beschlüsse müssten unter Berücksichtigung der Themen "Klima/Klimaschutz" gefasst werden. Sollte

es nicht gelingen, die Klimaerwärmung zu begrenzen, würde dies irreversible Folgen haben. Bereits jetzt herrsche in einigen umliegenden Kreisen und Gemeinden Wassermangel - dies sei eine unmittelbare Auswirkung des Klimawandels, dessen Folgen sich zukünftig noch deutlich verschärfen würden. Im Antrag der Fraktionen von CDU und Bielefelder Mitte sowie der FDP-Ratsgruppe seien Formulierungen enthalten, die aus seiner Sicht deplatziert seien. Der Antrag enthalte die gleiche Logik häufig zu hörender stereotyper Formulierungen, die vor Panikmache und Symbolpolitik warnen würden. Der entscheidende Unterschied zu einer reinen Symbolpolitik liege eben in dem Bekenntnis zu der Selbstverpflichtung, dass zukünftige Regelungen konsequent unter Berücksichtigung des Klimanotstandes aufgestellt werden müssten. Dies habe nichts mit Aktionismus zu tun, sondern mit dem Setzen klarer und vor allem sinnvoller Regeln. Der am Dienstag im Bürgerausschuss vorgestellte Antrag der Fridays for Future zeige, dass sich die Vertreterinnen und Vertreter intensiv mit den verschiedenen Maßnahmen auseinandergesetzt hätten, die der Rat in den zurückliegenden Jahren auf den Weg gebracht habe. Die in dem Kontext aufgestellten Forderungen und Verbesserungsvorschläge müssten - wie im Bürgerausschuss beschlossen - nunmehr intensiv in den Fachausschüssen beraten werden. Entsprechend sollte mit den im Antrag der CDU, der Bielefelder Mitte und der FDP unter Ziffer 6 angeführten Einzelmaßnahmen verfahren werden.

Einleitend bedankt sich Herr Rüsing (CDU-Fraktion) für das wichtige Engagement der Fridays for Future. Da die Bundesrepublik eine repräsentative Demokratie sei, wünsche er sich auch ein entsprechendes Engagement in den Jugendorganisationen der Parteien, durch die entsprechende Forderungen letztlich zielführender artikuliert und umgesetzt werden könnten. Seine Fraktion bekenne sich ausdrücklich zu den Zielen des Pariser Abkommens und unterstütze die Ziele der Bundesregierung zur Begrenzung der menschengemachten Erderwärmung. Allerdings sei es paradox, dass gerade die Parteien, die in den letzten zehn Jahren die Mehrheit in Bielefeld gestellt und damit die Verantwortung getragen hätten, den Klimanotstand ausrufen wollten, da sie sich der Frage stellen müssten, was sie in dem zurückliegenden Zeitraum in diesem Bereich unternommen hätten. Es sei unstrittig, dass gehandelt werden müsse; allerdings bedürfe es hierzu weniger Symbolik, sondern vielmehr effektivem Handeln. Von daher werde seine Fraktion den Änderungsantrag der Paprika-Koalition ablehnen, der letztendlich nur ein "Papiertiger" sei und in dem die Aufstellung von Strategien und Konzepten gefordert werde, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden sollten. Seine Fraktion habe das Handlungsprogramm Klimaschutz im letzten Jahr aus Überzeugung mit verabschiedet. Mittlerweile stelle sich ihm jedoch die Frage, was die Verwaltung aus diesem Handlungsprogramm bisher tatsächlich umgesetzt habe. Die CDU hingegen habe den Ernährungsrat initiiert, den Waldschadensbericht eingefordert und einen Fünf-Punkte-Plan zur Elektromobilität in den zuständigen Ausschuss eingebracht. Um hieran anzuknüpfen würden in dem Änderungsantrag ganz konkrete Forderungen gestellt, wie z. B. die Einstellung eines Klimabudgets in den städtischen Haushalt, aus dem heraus z. B. der Ausbau der Elektromobilität oder ein Pilotversuch für Wasserstoffantriebe finanziert werden könne. Weitere Antragsinhalte seien die kostenlose ÖPNV-Nutzung für Schülerinnen und Schüler mit einem Schulticket oder die kostenfreie Mitnahme von Fahrrädern im ÖPNV. Diese Forderungen könnten heute hier im Rat beschlossen wer-

den und würden weitaus positivere Effekte beinhalten als bloße Symbolpolitik.

Herr Ridder-Wilkens (Fraktion Die Linke) erklärt, dass seine Fraktion die Fridays for Future-Initiative ausdrücklich begrüße, da eine aktive Klimapolitik notwendig sei, um den Klimawandel zu stoppen. Hierzu zähle ein möglichst frühzeitiger Ausstieg aus der fossilen Energie ebenso wie eine radikale Reduzierung des Autoverkehrs bei gleichzeitigem massiven Ausbau des ÖPNV und des Radwegenetzes. Die Vorlage zur Nachhaltigkeitsstrategie zeige, dass Bielefeld auf einem guten und richtigen Weg sei. Allerdings sei er skeptisch, ob diese Ziele tatsächlich erreicht werden könnten und ob dies dann überhaupt ausreiche. Seine Fraktion werde den Prozess kritisch begleiten. Da Deutschland die vereinbarten Zielvorgaben zur Treibhausgasreduktion für 2020 aus eigener Kraft nicht erreichen werde, müsse es zur Zielerreichung Emissionszuweisungen von anderen Ländern kaufen. Dies zeige, welch ein Unsinn der Handel mit CO²-Zertifikaten tatsächlich sei, da die reichen Länder die Nichteinhaltung des Klimaschutzes durch die armen Staaten finanzieren würden. Der Ausruf des Klimanotstandes in Bielefeld sei ein symbolischer Akt, der aber nur der Anfang sein könne für nachhaltigere Maßnahmen zum Klimaschutz. Seine Fraktion unterstütze den gesamten Forderungskatalog der Fridays for Future, der durchaus kommunalpolitisch umgesetzt werden könne. Allerdings sollte über diese Forderungen, wie z. B. die Einrichtung eines Klimarates, den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien durch einen Bürgerfond oder eine rasche Mobilitätswende, grundsätzlich in einer Ratssitzung entschieden werden und nicht - wie vom Bürgerausschuss beschlossen - in den Ausschüssen. Durch einen entsprechenden Ratsbeschluss werde sichergestellt, dass der Klimaschutz zu einer Querschnittsaufgabe in der Verwaltung werde und dass die Ausschüsse bei Entscheidungen die Auswirkungen des Klimaschutzes berücksichtigen müssten. Nur so würden die Forderungen der Fridays for Future zu verbindlichen Handlungsleitlinien für die Verwaltung und Politik, was ein großer Erfolg für das Engagement der Initiative, für das Klima und für die gesamte Stadt wäre.

Herr Rüscher (Fraktion Bielefelder Mitte) betont einleitend, dass die in der Vorlage dargestellten Ziele einer Nachhaltigkeitsstrategie für Bielefeld generell zustimmungsfähig seien. Allerdings seien diese Ergebnisse eines Workshops eher Orientierungspunkte und Wertvorstellungen als konkrete Ziele. Eine Strategie werde definiert als Verhaltensweise oder eine Summe von Maßnahmen um langfristige Ziele zu erreichen. Da die Ziele 2030 erreicht werden sollten, könne von Langfristigkeit nicht die Rede sein. Auch sehe er den Zeitraum von elf Jahren zur Erreichung von 37 äußerst ambitionierten und relativ abstrakten Zielen eher skeptisch, zumal in anderen Kommunen wesentlich konkretere Ergebnisse erzielt worden seien. Basierend auf den 37 Zielen solle nunmehr noch der Klimanotstand erklärt werden, was komplett unrealistisch sei. Allein das Ziel, den Anteil des motorisierten Individualverkehrs bis 2030 zu halbieren, würde den Großteil der städtischen Ressourcen in finanzieller und personeller Hinsicht binden. Wenn dazu noch 36 weitere, ähnlich ambitionierte Ziele hinzukämen, stelle sich ihm die Frage, wie fundiert und solide die Strategie dann überhaupt noch sei. Lt. Vorlage "gehe nachhaltiges Handeln weit über das Feld der Umweltpolitik hinaus. Es umfasse die soziale Infrastruktur, kulturelle Einrichtungen und Projekte, die bauliche Entwicklung, den Umgang mit städtischen Finanzen und die

Bildungslandschaft". Insofern gehe es eigentlich um sämtliche Bereiche der Gesellschaft, was verdeutliche, dass die sogenannte Nachhaltigkeitsstrategie die mit ihr verbundene Ziele nie erreichen könne. Vielmehr werde die Strategie als Blanko-Scheck dazu genutzt, zukünftige Lieblingsprojekte der Paprika-Koalition zu realisieren. Beleg für diese Aussage sei die Einbeziehung des Klimanotstandes in die Strategie. Angesichts der globalen Bedeutung hätte über den Klimanotstand separat diskutiert werden müssen, zumal die Verwaltung selbst ausgeführt habe, dass Nachhaltigkeit wesentlich mehr als Umwelt- und Klimaschutz sei. Dadurch werde dieses wichtige Anliegen, für das er durchaus Verständnis habe, letztlich beschädigt. Insofern sei der Änderungsantrag der Paprika-Koalition aus seiner Sicht reiner Populismus. Im Übrigen sei es erstaunlich, wie uneinheitlich die Erklärung des Klimanotstandes gesehen werde. Während Herr Julkowski-Keppler und Herr Ridder-Wilkens von einem Symbol sprächen, betone Herr Frischemeier, dass dies bereits Handeln sei. Die bloße Ausrufung des Klimanotstandes werde inhaltlich nicht bewirken; demgegenüber seien die Forderungen im Antrag von CDU, Bielefelder Mitte und FDP wesentlich konkreter.

Unter Bezugnahme auf die Nachhaltigkeitsstrategie merkt Herr Schlifter (FDP-Ratsgruppe) an, dass hier auf Veranlassung der Paprika-Koalition zum wiederholten Male hinlänglich bekannte Konzepte mit den stets gleichen Zielen in unterschiedlicher Reihenfolge umgeschrieben worden seien. Aber mittlerweile könne es nicht mehr darum gehen, Konzepte und Berichte über mögliche Verbesserungen zu erstellen, vielmehr sei es an der Zeit zu handeln. Dieses werde in dem gemeinsamen Antrag von CDU, Bielefelder Mitte und FDP deutlich zum Ausdruck gebracht, in dem konkrete Maßnahmen aufgeführt seien, die heute beschlossen werden könnten. So werde ein Schulticket beantragt, mit dem Schülerinnen und Schüler den ÖPNV kostenlos nutzen könnten, was ein realer Beitrag zum Klimaschutz sei. Entsprechendes gelte für die beantragte kostenfreie Mitnahme von Fahrrädern im ÖPNV oder die Attraktivitätssteigerung im ÖPNV durch die Einrichtung von WLAN in Bussen und Bahnen. Auch die Errichtung von Radfahrmagistralen an geeigneten Stellen könnte heute ohne Probleme beschlossen werden. Anstelle dieser konkreten Maßnahmen wolle die Paprika-Koalition den Klimanotstand ausrufen, der - nach eigenem Bekunden - ein Symbol sei und somit keinen konkreten Beitrag zum Klimaschutz darstelle. Lt. Wikipedia "bedeute ein Notstand in demokratischen Ländern in der Regel die Verkürzung des Rechtsschutzes gegen hoheitliche Maßnahmen sowie Zurückdrängung von längere Zeit in Anspruch nehmenden behördlichen oder legislativen Verfahren", letztlich weniger Rechte des einzelnen gegenüber dem Staat. Aus seiner Sicht sei es inakzeptabel, dass eine demokratische Partei parlamentarische Abläufe und die Rechte des Einzelnen gegenüber dem Staat auch nur symbolhaft in Frage stelle. Von daher lehne die FDP die Ausrufung eines Notstandes entschieden ab. Anstatt Symbolpolitik zu betreiben, sollten heute konkrete Beiträge zum Klimaschutz beschlossen werden. Abschließend äußert Herr Schlifter noch sein Unverständnis über die im Bürgerausschuss geführte Diskussion über den Antrag der Fridays for Future und den komplizierten Kompromiss, durch den es gelungen sei, zumindest die Ausrufung des Klimanotstandes heute doch noch auf die Tagesordnung der Ratsitzung zu setzen - auch wenn Wichtigkeit nicht mit Dringlichkeit gleichgesetzt werden könne.

Frau Bürgermeisterin Schrader (SPD-Fraktion) räumt ein, dass sie sich selbst in der Vergangenheit nicht genug um Klimaschutz gekümmert habe und dass sie das jetzt ändern wolle. Das Engagement der Fridays for Future sei beeindruckend und habe viele Menschen zum Umdenken bewogen. Wer das Leben auf dieser Erde für Kinder und Enkelkinder erhalten wolle, müsse jetzt Schadensbegrenzung betreiben und nicht erst in zehn Jahren. Auch wenn die Erklärung des Klimanotstandes in Bielefeld sicherlich etwas provokant sei, sei dies doch ein wichtiger Schritt, der zum Nachdenken anregen solle. Durch die Ausrufung des Klimanotstandes werde festgestellt, dass es eine Klimakrise gebe und dass die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichten. Hiergegen dürfe es eigentlich keinen Widerspruch geben. Über die weiteren Punkte des Antrages der Fridays for Future würde - wie im Bürgerausschuss beschlossen - in den zuständigen Ausschüssen beraten, bevor sich der Rat dann erneut mit den Ausschussempfehlungen befassen werde. Wirtschaft und Verwaltung, Wissenschaft und Forschung, Gesellschaft und letztlich jeder einzelne seien aufgefordert, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Abschließend betont Frau Bürgermeisterin Schrader, dass sie überhaupt kein Verständnis dafür habe, dass das Engagement der Fridays for Future im Antrag von CDU, Bielefelder Mitte und FDP mit Hysterie und Panik gleichgesetzt werde.

Unter Bezugnahme auf den Antrag der Fridays for Future im Bürgerausschuss bittet Herr Heißenberg (Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten) um Verständnis, dass heute nur der Klimanotstand ausgerufen werden solle. Mit den darüberhinausgehenden Anregungen würden sich die zuständigen Fachausschüsse in den nächsten Wochen und Monaten gründlich beschäftigen. Im Antragstext werde Bezug genommen auf viele Maßnahmen, die der Rat in Sachen Klimaschutz auf Empfehlung von Fachleuten oder auf Anregung engagierter Bürgerinnen und Bürger bereits beschlossen habe. Die Beharrlichkeit, mit der Fridays for Future die Diskussion weiterführe, sei der existenziellen Bedrohung durch den Klimawandel absolut angemessen und verdiene Anerkennung und Respekt.

Herr Julkowski-Keppler (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) betont nochmals, dass es hier nicht um eine reine Symbolpolitik gehe, sondern dass mit der Erklärung des Klimanotstandes eine Selbstverpflichtung einhergehe. Die im Antrag der CDU, Bielefelder Mitte und FDP enthaltenen Einzelmaßnahmen seien nicht die Antworten auf den Klimawandel, hier bedürfe es wesentlich umfassenderer Maßnahmen. In Anbetracht der in Kürze in den Ausschüssen zu diskutierenden Mobilitätsziele 2030 sei er gespannt, was die bürgerlichen Parteien dann bereit seien mitzutragen. Im Übrigen beantrage er getrennte Abstimmung über den Änderungsantrag der Paprika-Koalition und der Vorlage zur Nachhaltigkeitsstrategie, um der CDU, der Bielefelder Mitte und der FDP die Möglichkeit einzuräumen, zumindest der Nachhaltigkeitsstrategie zuzustimmen.

Herr Oberbürgermeister Clausen erklärt, dass auch er dafür sei, den Klimanotstand für Bielefeld auszurufen. Er sei sich durchaus bewusst, dass dadurch das Problem nicht gelöst werde, aber es sei ein wichtiges Statement des wichtigsten Gremiums der Stadt, durch das zum einen die Beharrlichkeit und das Engagement der Fridays for Future wertgeschätzt werde und zum anderen die künftigen Herausforderungen anerkannt und angenommen würden. Dies bedeute, dass bei sämtlichen zukünftigen Entscheidungen und Projekten der Stadt das Klima an erster Stelle stehe.

und zwingend zu berücksichtigen sei. Im Antrag der CDU, der Bielefelder Mitte und der FDP werde der Eindruck suggeriert, dass nur die Maßnahmen beschlossen werden müssten und die Probleme seien gelöst. Dies sei jedoch definitiv nicht der Fall. Der Antrag sei ein Sammelsurium aus Statements, Appellen und Einzelmaßnahmen, das aber insgesamt noch kein Konzept darstelle. Seit vielen Jahren habe der Rat in Sachen Klimaschutz nach entsprechenden Vorberatungen in den Fachausschüssen und basierend auf Expertenimpulsen Ziele für alle Bereiche der Stadtgesellschaft festgelegt, aufgrund derer entsprechende Maßnahmevorschläge erarbeitet worden seien. Einige dieser Vorschläge seien in den zurückliegenden Jahren bereits äußerst erfolgreich umgesetzt worden. So sei die Energieerzeugung komplett auf nicht fossile Energieträger umgestellt worden, die Energieversorgung erfolge maßgeblich aus ökologischen Energieträgern und die Zahl der Fahrgäste im ÖPNV habe sich in den letzten fünfzehn Jahren mit jetzt aktuell 60 Mio. Nutzerinnen und Nutzern pro Jahr nahezu verdoppelt. Des Weiteren seien Förderprogramme zur energetischen Sanierung aufgelegt und Projekte wie z. B. Öko-Profit initiiert worden. In fast allen Bereichen seien die vom Rat beschlossenen Ziele auch erreicht worden. Im April des Jahres habe sich der Rat neue Ziele gesetzt, für die in dem dargestellten Verfahren aktuell Maßnahmevorschläge zur Zielerreichung entwickelt würden. Auch wenn sicherlich hinterfragt werden könne, ob die gesetzten Ziele möglicherweise nicht ambitioniert genug seien, sei unbestritten, dass Rat und Verwaltung schon viel getan hätten und noch viel vorhätten, aber noch besser werden müssten. Durch die Erklärung des Klimanotstandes sei die Thematik nicht abgeschlossen, vielmehr würden die vielen Impulse aus dem Bürgerantrag nach den Sommerferien in den zuständigen Fachausschüssen aufgerufen, um sie unter Berücksichtigung von Hinweisen und Fakten aus Verwaltungshandeln und Expertenwissen in konkrete Maßeempfehlungen für die Bielefelder Bevölkerung, denn die künftigen Herausforderungen könnten nur von allen gemeinsam gelöst werden.

Frau Becker (Fraktion Bielefelder Mitte) bedauert, dass durch die Verquickung mit der heute eigentlich zur Beratung anstehenden Nachhaltigkeitsstrategie der Klimanotstand mit zur Diskussion gestellt werde, da dieses Thema eigentlich hätte separat diskutiert werden müssen. Darüber hinaus sehe sie das Anbieten an die Fridays for Future-Bewegung mit großer Skepsis; es sei zu kurz gedacht, allein die Politik für den Status quo verantwortlich zu machen. Auch das Erschweren des Zugangs zum Ratssaal oder Sprechchöre seien keine Argumente, sondern vielmehr unangemessene Verhaltensweisen, zumal - wie ihre Vorredner deutlich zum Ausdruck gebracht hätten - Bielefeld in Sachen Klimaschutz eigentlich auf einem guten Weg sei. Es sei sicherlich richtig und notwendig, sich weiterhin mit der Thematik auseinanderzusetzen. Dies verspreche allerdings nur dann Erfolg, wenn die Bürgerschaft umfassend informiert und mitgenommen würden, wie das Beispiel der Klimakommune Saerbeck zeige, die mittlerweile strom- und wärmetechnisch völlig autark sei.

Herr Nettelstroth (CDU-Fraktion) betont, dass bei allem Engagement der Respekt im Vordergrund stehen sollte und demzufolge auch andere Meinungen respektiert werden müssten, was allerdings keineswegs bedeute, dass in der Sache keine intensiven Auseinandersetzungen stattfinden dürften. In den zurückliegenden Jahren habe der Rat eine Vielzahl

von Beschlüssen zum Klimaschutz gefasst und es sei gelungen, die für Bielefeld gesetzten Ziele in der Regel gemeinsam zu erreichen. Anstelle jetzt den Klimanotstand quasi als Worthölse auszurufen, spreche er sich vielmehr für einen nachhaltigen Umgang mit dem Thema aus. Der Klimawandel stelle die Stadt vor enorme Herausforderungen und erfordere in hohem Maß personelle und finanzielle Ressourcen. Allerdings müsse auch akzeptiert werden, dass dies nicht kurz-, sondern eher mittel- und langfristig zu realisieren sei, da z. B. technische Innovationen noch gar nicht vorhanden seien, um den ÖPNV zeitnah komplett auf Elektroantrieb umzustellen. Denkbar seien Wasserstoffbusse, aber dafür fehle es allein schon an einer entsprechenden Tankstelle. Am Beispiel der Müllverbrennungsanlage lasse sich die Bedeutung des technischen Fortschritts gut aufzeigen. Vor 25 Jahren sei die Anlage massiv kritisiert worden, heute stelle sie ein Kernelement der städtischen Energiepolitik bei der Kraft-Wärme-Kopplung, der Wasserstoffversorgung und der Stromgewinnung. Nach dem politisch beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie und aus der Kohle müsse die Frage beantwortet werden, wie die Energieversorgung in Deutschland sichergestellt werden solle. Hierbei dürften jedoch nicht nur ökologische Aspekte eine Rolle spielen, vielmehr müssten auch ökonomische und soziale Gesichtspunkte Berücksichtigung finden, um die beschränkten Ressourcen der Stadt möglichst sinnvoll und effizient einzusetzen. Er sei insofern über den Antrag verwundert, da dieser schon weit vor dem letzten Monat gestellt worden sei und es der Paprika-Koalition insofern durchaus möglich gewesen wäre, im Rahmen der Aufstellung der Tagesordnung hierfür einen eigenständigen Tagesordnungspunkt zu beantragen, was noch eine Vorberatung in den zuständigen Fachausschüssen ermöglicht hätte. In Anbetracht der Art und Weise, wie der Bürgerantrag dann doch über die Vorlage zur Nachhaltigkeitsstrategie auf die Tagesordnung gezogen worden sei, sehe er die Ernsthaftigkeit der Aussagen und Forderungen mit einer gewissen Skepsis. Im Übrigen werde der Begriff der Hysterie im Antrag von CDU, Bielefelder Mitte und FDP nicht im Kontext zu Fridays for Future verwandt, vielmehr werde angemerkt, dass Politik nicht in Hysterie und Panik verfallen solle. Heute bestünde die Möglichkeit, die im Antrag aufgeführten konkreten Maßnahmen zu beschließen, so dass der Rat über die Ausrufung des Klimanotstandes hinaus eine Initialzündung zur Umsetzung der Maßnahmen setzen könnte, auch wenn es ein langer Prozess werden dürfte. Hinsichtlich der Abstimmung bittet er darum, den Punkt "Kostenfreie Mitnahme von Fahrrädern im ÖPNV" getrennt von den anderen Punkten abzustimmen.

Herr Frischemeier (SPD-Fraktion) erklärt, dass seine Fraktion es ablehne, das von CDU, Bielefelder Mitte und FDP beantragte Klimabudget durch Stellenkürzungen und Bürokratieabbau zu finanzieren. Es sei widersinnig, die Verwaltung einerseits mit der Umsetzung von Maßnahmen zu beauftragen und ihr andererseits das hierfür dringend benötigte Personal zu streichen. Im Übrigen hätten insbesondere CDU und FDP in Sachen Klima eine Blockadehaltung eingenommen, da sie z. B. aus der Diskussion über einen autofreien Jahnplatz oder bei der Radverkehrsförderung ausgestiegen seien. Losgelöst davon beantrage er, die unter Ziffer 6 des Antrages von CDU, Bielefelder Mitte und FDP aufgeführten Einzelmaßnahmen an die zuständigen Fachausschüsse zu verweisen. Abschließend appelliert auch er an die Mitglieder von Fridays for Future, ihr Engagement in Parteien fortzusetzen, da diese letztendlich die Demokratie formen würden.

Frau Wahl-Schwentker (FDP-Ratsgruppe) merkt an, dass auch sie Probleme mit dem Begriff "Notstand" habe, da dieser bedeute, den einzelnen und die Parlamente zu entrechten und der Exekutive mehr Macht zu geben. Da sie dieses im konkreten Fall nicht mit ihrem Verständnis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vereinbaren könne, lehne sie die Ausrufung des Klimanotstandes ab.

Herr Julkowski-Keppler (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) stellt sodann den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag von CDU, Bielefelder Mitte und FDP insgesamt und nicht nur die unter Ziffer 6 des Antrages aufgeführten Einzelmaßnahmen in die zuständigen Fachausschüsse zu verweisen.

Herr Nettelstroth (CDU-Fraktion) lehnt den Verweis an die Fachausschüsse ab, da in dem Antrag viele Punkte enthalten seien, die aus dem Antrag der Fridays for Future übernommen worden seien. Allenfalls könne er dies für die unter Ziffer 6 aufgeführten Maßnahmen nachvollziehen.

Herr Oberbürgermeister Clausen lässt sodann über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

B e s c h l u s s:

Der Antrag der Fraktionen von CDU, Bielefelder Mitte und der FDP-Ratsgruppe wird zur weiteren Beratung in die zuständigen Fachausschüsse verwiesen.

- mit Mehrheit beschlossen -

Anschließend stellt Herr Oberbürgermeister Clausen den Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sowie der Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten zur Abstimmung. Da Ziffer 2 des Antrages auch Gegenstand der Beschlussvorlage der Verwaltung sei, lasse er nur über die Ziffer 1 des Antrages abstimmen.

B e s c h l u s s:

Der Rat der Stadt Bielefeld erklärt den Klimanotstand (Climate Emergency) und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihre schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an. Er unterstützt ausdrücklich das Engagement all derjenigen, die sich für mehr Klimaschutz einsetzen.

- mit Mehrheit beschlossen -

Sodann fasst der Rat zur Vorlage folgenden

B e s c h l u s s:

- 1. Der Rat der Stadt Bielefeld erklärt den Klimanotstand (Climate Emergency) und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihre schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an. Er unterstützt ausdrücklich das Enga-**

gement all derjenigen, die sich für mehr Klimaschutz einsetzen.

- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bielefelder Nachhaltigkeitsstrategie zu erarbeiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.**

Die gemäß Anlage 1 vorgeschlagenen strategischen Nachhaltigkeitsziele werden zur Kenntnis genommen. Auf Grundlage dieser Vorschläge wird nunmehr die Bielefelder Stadtgesellschaft in den weiteren Prozess eingebunden.

- mit Mehrheit beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.

002.2 Büro des Rates, 22.08.2019, 51-2052

An

093, 360, 600 (Schriftführungen AfUK und StEA wg. des Verweises an die Fachausschüsse)

zur Kenntnis und ggf. weiteren Veranlassung
i. A.

Kricke

.